

«558 Millionen Franken – wofür?»

Duro-Experte und Milizoffizier Mathias Gräzer kritisiert den Militärtransporter-Deal scharf

Von Christian Keller

BaZ: Sie haben als Motorfahrer und Kompaniekommandant jahrelang eine Bataillonswerkstatt geführt und kennen die Vor- und Nachteile des Duros. Bis zum Wechsel ins Finanzdepartement hat sich Verteidigungsminister Ueli Maurer stets hinter die Weiterführung der 18-jährigen Fahrzeugflotte gestellt und gebeten, seinen Experten zu vertrauen. Warum tun Sie es nicht?



Mathias Gräzer: Zunächst möchte ich betonen, dass ich mich in diesem Interview als Bürger und nicht als Angehöriger der Armee äussere. Mein Misstrauen

begründet sich darin, dass ich die beiden Verwendungszwecke des Duros kenne: Einerseits wird er für Mannschafts-, andererseits für Materialtransporte eingesetzt. Dafür benötigt die Schweiz nicht mehr einen Lastwagen, der auf die Bedürfnisse der Armee 61 zugeschnitten ist. Heute reicht ein Serienfahrzeug ab Stange, das man grün anmalt, bei Weitem aus. Sie behaupten, Sie könnten bei einem privaten Anbieter 3000 Transporter für die Hälfte der 558 Millionen Franken beschaffen, die in die alten Duros gesteckt werden sollen. Eine solche Aussage tönt gut und sagt sich leicht. Aber: Auf welche konkreten Angaben stützen Sie sich ab?

Man braucht gar nicht grosse Recherchen zu betreiben. Ein Blick in die Listenpreise eines VW Crafter, eines Iveco Daily oder eines Mercedes Sprinter genügt vollauf. Diese Informationen inklusive Konfigurationsmöglichkeiten sind im Internet leicht zugänglich. Man muss sich bewusst sein, dass die Anforderungen seitens der Armee nicht komplex sind. Die Fahrzeuge benötigen weder einen Funkaufbau noch sonst spezielles Equipment.

Das klingt fast so, als seien die Entscheidungsträger beim Rüstungsamt Armasuisse und beim Verteidigungsdepartement (VBS) nicht in der Lage, einfachste Abklärungen vorzunehmen.

Ich kenne die Überlegungen der verantwortlichen Stellen nicht. Es ist aber in der Tat äusserst unverständlich, weshalb unbedingt am Duro festgehalten wird. Mir fehlt in diesem Geschäft ganz einfach die Transparenz.

Armasuisse hat sich doch aber bereits mehrfach zu Wort gemeldet und begründet, weshalb für den Duro kein Alternativmodell infrage komme. Ein Argument lautet, dass der Zugang zu abgelegenen Schiessplätzen im Gebirge nur mit einem geländegängigen Vehikel sichergestellt sei.



Mehr Transparenz. Beim Duro-Geschäft müssten die Fakten auf den Tisch kommen, fordert Mathias Gräzer. Foto A. Campiche

Fakt ist, dass die Zeiten, in denen auf jeder Alp im Land Kühe weideten und gleichzeitig scharf geschossen wurde, längst der Vergangenheit angehören. Aber lassen wir diesen Aspekt einmal beiseite. In aller Regel werden auf Schiessplätzen in den Bergen Gefechtsschiessen durchgeführt. Das Reglement schreibt zwingend vor, dass die übenden Einheiten über ein Sanitätsfahrzeug verfügen müssen. Und dieses Sanitätsfahrzeug ist auf einem Mercedes Sprinter aufgebaut. Das bedeutet also: Auf einem militärischen Ausbildungsgelände, das ein Sprinter nicht mehr zu erreichen vermag, dürften eigentlich gar keine Übungen mehr stattfinden. Das ist doch absurd. Übrigens muss ich schmunzeln, wenn ich daran denke, wie der Fourier jeweils zur Mittagszeit mit dem Fiat Scudo an allen Standorten das Essen ausliefert.

Trotzdem: Die Politik scheint gegenüber dem Duro-Rüstungsgeschäft keine Vorhalte zu haben. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats hat grünes Licht gegeben. Wie nehmen Sie diesen Umstand wahr?

Ganz ehrlich: Ich kann es mir nicht erklären. Eine Zeitlang habe ich mich

selbst hinterfragt: Wo mache ich einen Denkfehler? Am Schluss bin ich jedoch zur Erkenntnis gelangt, dass nur mit mehr Transparenz Klarheit geschaffen werden kann. Der Rüstungschef sollte die Offerte der Firma Mowag, welche die Wartungsarbeiten ausführen soll, öffentlich machen.

«Es ist äusserst unverständlich, weshalb unbedingt am Duro festgehalten wird.»

In der gestrigen BaZ hat das Bürgerforum «Duro Millionen», dessen Mitglied Sie sind, einen brisanten Vorwurf erhoben: Die Mowag würde für den Duro-Auftrag viel weniger Geld erhalten, als offiziell angegeben. Die Differenz von 220 Millionen Franken würde für die heimliche Finanzierung anderer Rüstungsgeschäfte verwendet. Stehen Sie zu dieser Aussage?

Wenn es nicht stimmt, warum folgt dann kein Dementi? Und nochmals: Weshalb schafft Armasuisse nicht Tatsachen und legt die Mowag-Offerte auf den Tisch? Irgendetwas ist in dieser Sache einfach faul.

Sollte es tatsächlich zutreffen, dass die Kosten der Duro-Vorlage viel tiefer liegen als die geforderten 558 Millionen

Franken, wäre das Parlament in die Irre geführt worden.

In diesem Fall hätten wir einen ähnlichen Skandal wie 1961 bei der Mirage-Affäre. Das müsste dann Konsequenzen haben. Ich kann es nicht genug wiederholen: Der Ball liegt bei der Armasuisse. Sie muss jetzt Transparenz herstellen.

Die Mowag hat im Auftrag der Armasuisse bekanntlich auch die Machbarkeitsstudie erstellt, in der überprüft wurde, ob sich die millionenschwere Investition in die Duros überhaupt lohnt. Eine höchst fragwürdige Doppelrolle. Hegen Sie Filzverdacht?

Das ist ein harter Vorwurf. Andererseits geht es einfach nicht an, dass der Profiteur eines Auftrags gleich selber für die Machbarkeitsstudie verantwortlich zeichnet. Warum wurde nicht ein anderes Institut mit der Prüfung beauftragt? Das verstehe ich nicht.

Sie sind derzeit Anwärter für den Generalstab. Setzen Sie mit Ihrer öffentlichen Kritik nicht Ihre Militärkarriere aufs Spiel?

Eine gute Frage. Ich lebe nach Werten und Überzeugungen und habe mir geschworen, mich an diese zu halten. Sollte mein Engagement als Bürger meine Aspiration gefährden, eben weil ich mich kritisch einbringe, dann bin ich sowieso die falsche Person für den Generalstab.

Nachrichten

Nationalrat für Rückzug des EU-Beitrittsgeuchs

Bern. Der Nationalrat hat sich dafür ausgesprochen, dass der Bundesrat das Schweizer Beitrittsgeuch zur EU aus dem Jahr 1992 zurückzieht. Die grosse Kammer nahm eine Motion von Nationalrat Lukas Reimann (SVP, SG) an. Aussenminister Didier Burkhalter wies vergeblich darauf hin, dass das Beitrittsgeuch zur EU (damals noch EG) nach dem Nein von Volk und Ständen zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992 gegenstandslos geworden sei. SDA

Nationalrat will fehlbare Arbeitgeber bestrafen

Bern. Um die Wirksamkeit der flankierenden Massnahmen zu verbessern, will der Nationalrat fehlbare Arbeitgeber schärfer bestrafen. Die Obergrenze der Bussen für Verstösse gegen minimale Lohn- und Arbeitsbedingungen soll von heute 5000 Franken auf 30000 Franken erhöht werden. Der Nationalrat hiess eine entsprechende Änderung des Entsendegesetzes am Dienstag als Erstrat mit 126 zu 65 Stimmen gut. SDA

Diplomatischer Concours soll auf den Prüfstand

Bern. Das stark formalisierte Karrieresystem im diplomatischen Dienst soll überprüft werden. Dies fordert die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates in einem am Dienstag veröffentlichten Bericht. Das Karrieresystem zeichne sich durch eine stark vorgegebene Laufbahn mit weitgehend automatischem Lohnanstieg und einer Versetzungspflicht aus, heisst es in dem Bericht. Der Bundesrat soll nun überprüfen, ob dieses System noch sinnvoll ist. SDA

SBB und BAV gegen Chestenberg-Tunnel

Bern. Die SBB und das Bundesamt für Verkehr (BAV) lassen die Pläne für den Bau des Chestenberg-Tunnels bei Lenzburg (AG) fallen. Stattdessen soll die Kapazität des Bahnverkehrs zwischen Zürich und Aarau mit einer direkten Linienführung erhöht werden. Kernpunkt einer direkten Streckenführung zwischen Zürich-Altstetten und Aarau wäre ein 30 Kilometer langer Tunnel zur Querung des Reusstals. SDA

Schweiz hebt Sanktionen gegen Weissrussland auf

Bern. Nach der EU hat nun auch die Schweiz ihre Sanktionen gegen Weissrussland aufgehoben. Betroffen sind die Strafmassnahmen gegen den Präsidenten Alexander Lukaschenko und weitere Vertreter seiner Regierung. Die Schweiz setzte am Montag den Beschluss der 28 EU-Aussenminister vom 15. Februar um. Reise- und Vermögenssperren gegen 170 Weissrussen und drei Unternehmen zu beenden, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft mitteilte. SDA

Abkommen mit Italien ist unter Dach und Fach

Bern. Das geänderte Doppelbesteuerungsabkommen mit Italien ist unter Dach und Fach. Der Ständerat hat sich als Zweitrat einstimmig dafür ausgesprochen. Damit erhält künftig auch Italien auf Anfrage Informationen über Steuersünder. Das Abkommen sei eines unter vielen, stellte Finanzminister Ueli Maurer fest. Weil Italien ein wichtiger Partner sei, habe es dennoch besondere Bedeutung. SDA

Obergericht befasst sich mit SVP-Inserat

Bern. Das bernische Obergericht befasst sich am 8. März mit dem Messerschliter-Inserat der SVP von 2011. Das geht aus der Verhandlungsliste des Gerichts hervor, die gestern veröffentlicht wurde. SVP-Generalsekretär Martin Baltisser und Stellvertreterin Silvia Bär waren ersteinstantlich wegen Rassendiskriminierung zu bedingten Geldstrafen verurteilt worden. Sie zogen das Urteil des Regionalgerichts Bern-Mittelland weiter. SDA

Gössi einzige Kandidatin für das FDP-Präsidium

Drei Bundesratsparteien bald mit neuer Spitze

Bern. Die Schwyzer Nationalrätin Petra Gössi hat keine Gegenspieler auf ihrem Weg an die FDP-Spitze. Sie sei die einzige offizielle Kandidatin fürs Präsidium, teilte die Partei am Dienstag mit. Nun prüfe die Findungskommission die Kandidatur eingehend.

Anfang März führt die Kommission ein Qualifikationsgespräch mit Gössi. Nichts deutet darauf hin, dass sie noch stolpern könnte. Die 40-jährige Juristin wird mit grösster Wahrscheinlichkeit am 16. April 2016 durch die Delegierten in Bern als Nachfolgerin von Philipp Müller (AG) gewählt werden.

Bis zum Ablauf der Frist um Mitternacht hätten Kantonalparteien und der Partei nahestehende Organisationen keine weiteren Kandidaturen gemeldet. Die Findungskommission habe drei Sondierungsgespräche geführt – neben Gössi mit dem Nidwaldner Ständerat Hans Wicki und dem zunächst als Favorit gehandelten Berner Nationalrat Christian Wasserfallen. Beide hätten sich entschieden, ihre Kandidaturen nicht weiterzufolgen.

Laut der Findungskommission muss die neue Präsidentin die Partei und ihre Mitglieder in ihrer Gesamtheit repräsentieren. Sie müsse unter anderem

wirtschaftlich unabhängig von Partikularinteressen sein, ein parteiinternes Identifikations- und Mobilisierungspotenzial aufweisen sowie über inhaltliche Glaubwürdigkeit samt einem Leistungsausweis für eine liberale Politik verfügen.

Auch Röstli und Pfister gesetzt

Auch die CVP und die SVP wählen im April einen neuen Präsidenten. Bei der SVP scheint der Berner Nationalrat Albert Röstli als designierter Nachfolger von Toni Brunner (SG) gesetzt zu sein, bei der CVP wird wohl der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister das Rennen machen und die Nachfolge von Christophe Darbellay antreten.

Ende April werden damit drei von vier Bundesratsparteien eine neue Person an der Parteispitze haben. Einzig bei der SP bleibt mit Christian Levrat der gleiche Mann am Ruder.

Eine Änderung gibt es auch bei den Grünen: Die bisherige Co-Präsidentin Regula Rytz soll nach dem Rücktritt von Adèle Thorens die Grüne Partei in den nächsten zwei Jahren alleine präsidieren. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist war die Berner Nationalrätin die einzige Kandidatin für das Amt. SDA

Burkhalter spricht mit Kolumbiens Aussenministerin über die Farc

Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen soll intensiviert werden

Bern. Aussenminister Didier Burkhalter hat gestern seine kolumbianische Amtskollegin María Ángela Holguín Cuéllar getroffen. Die beiden sprachen insbesondere über Herausforderungen rund um den Friedensprozess mit der Farc und die Rolle der Schweiz in diesem Kontext.

Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (Farc) kämpfen seit einem halben Jahrhundert gegen den kolumbianischen Staat und Grossgrundbesitzer. In dem Konflikt wurden mindestens 220000 Menschen getötet, 5,3 Millionen Menschen wurden in die Flucht getrieben. Seit 2012 verhandeln Regierung und Farc in Kuba um die Bedingungen eines Friedensvertrags.

Die Schweiz sei überzeugt, dass nur eine Verhandlungslösung die nötige Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Kolumbien schaffe, teilte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) am Dienstag mit. Sie sei deshalb in verschiedenen Bereichen des Postkonflikt-Managements aktiv und stelle ihr Wissen zur Verfügung.

Neben den Fragen rund um die Farc besprachen Burkhalter und Holguín Wirtschaftsthemen, unter anderem die Dynamik innerhalb der Pazifischen Allianz. In dieser regionalen Organisation

haben sich vier lateinamerikanische Länder (Chile, Kolumbien, Peru, Mexiko) zusammengeschlossen, die den Freihandel fördern wollen. Die Schweiz hat seit 2013 Beobachterstatus bei dieser Organisation.

Perspektiven aufzeigen

Die beiden zeigten sich zudem erfreut darüber, dass für September 2016 eine Neuauflage des Programms «Diplomacia Deportiva» (Sportdiplomatie) in der Schweiz vorgesehen ist. Mithilfe dieses Programms können kolumbianischen Jugendlichen aus Konfliktregionen Perspektiven auf ein Leben ohne Kriminalität und Gewalt aufgezeigt werden.

Vor dem Höflichkeitsbesuch Holguíns bei Burkhalter führte die kolumbianische Aussenministerin ein Gespräch mit EDA-Staatssekretär Yves Rossier im Rahmen der fünften Runde der politischen Konsultationen zwischen der Schweiz und Kolumbien, die seit 2008 regelmässig stattfinden.

Die Schweiz engagiert sich seit über zehn Jahren stark in Kolumbien, einem Schwerpunktland in den Bereichen Friedensförderung, humanitärer Hilfe und wirtschaftlicher Entwicklung. Kolumbien ist der fünfthöchste Handelspartner in Südamerika. SDA